



Dr. Christos Pantazis, MdB
Bundestagsabgeordneter für
Braunschweig
Stellv. gesundheitspolitischer Sprecher

Pressemitteilung

SPD Bundestagsabgeordnete Dr. Pantazis unterstützt das weitreichende Entlastungspaket der Koalition

„Das Maßnahmenpaket zeigt, wie schnell und effizient Politik auf solche Herausforderungen reagieren kann“

Berlin, 24.03.2022

Dr. Christos Pantazis, MdB
Abgeordneter für Braunschweig
Stv. gesundheitspolitischer Sprecher

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: +49 30 227 78040
Fax: +49 30 227 23 78040

Wahlkreisbüro:
Schloßstraße 8
38100 Braunschweig
Tel.: +49 531 4809 822
Fax: +49 531 4809 850

christos.pantazis@bundestag.de
www.christos-pantazis.de

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Christos Pantazis zeigt sich erfreut über das von der Ampelkoalition beschlossene Maßnahmenpaket zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger.

„Die steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten treffen uns alle, jedoch leiden insbesondere Bürgerinnen und Bürger mit niedrigen und mittleren Einkommen unter den steigenden Preisen, ob im Supermarkt oder an der Zapfsäule. Das Maßnahmenpaket unserer Koalition zeigt, wie schnell und effizient Fortschrittspolitik auf solche Herausforderungen reagieren kann.“, stellt der Bundestagsabgeordnete Dr. Pantazis heraus.

Diese Einigung sei ein wichtiger Schritt, um soziale Härte abzufedern und den Menschen schnell und unbürokratisch zu helfen.

„Wir werden Familien mit Kindern und Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen unter die Arme greifen und zugleich Erwerbstätige und Selbstständige unterstützen. Die Hilfe soll bei der Mitte der Gesellschaft ankommen.“, unterstreicht der stellvertretende gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Dr. Pantazis.

Neben Entlastungen von Privatpersonen beinhaltet das beschlossene Paket auch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. „In Anbetracht der aktuellen Situation müssen wir uns schnell aus der Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle aus Russland befreien. Dafür hat die Koalition



nachhaltige Lösungen vorgesehen.“, betont der Bundestagsabgeordnete abschließend.